

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Presseerklärung zur Sitzung der Großen Tarifkommission von ver.di vom 21. bis 23. Oktober 2002 in Bremen

Die Große Tarifkommission hätte eine klare Entscheidung für eine offensive Tarifrunde im öffentlichen Dienst fällen müssen. Die Entscheidung, lediglich „deutlich über drei Prozent“ zu fordern und sich noch nicht einmal der in allen anderen ver.di-Bereichen aufgestellten Forderung von 6,5% anzuschließen, ist ein vollkommen falsches Signal an die öffentlichen Arbeitgeber. Dies lässt befürchten, dass die ver.di-Führung bereit ist, trotz aller Beteuerungen, die Forderung liege „sehr nahe am angestrebten Ergebnis“, einen noch niedrigeren Abschluss als in den anderen Bereichen zu akzeptieren. Wir lehnen diese Bereitschaft, einen Niedrigabschluss von 3% oder sogar darunter anzupeilen, entschieden ab. Der Tarifabschluss 2000 war bereits eine große materielle Niederlage für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir erinnern daran, dass die ArbeiterInnenkonferenz der ÖTV im Sommer 2000 schon einen Monat nach diesem Abschluss zurecht einen Nachschlag und dessen Durchsetzung per Kampfmaßnahmen beschlossen hat. Die Reallohnverluste der letzten Jahre müssen endlich ausgeglichen werden. Der Euro ist ein Teuro. Aber seit seiner Einführung im Januar 2002 gab es für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst keinen Cent Ausgleich. Die rot-grüne Regierung hat mit ihrer Koalitionsvereinbarung deutlich gemacht, dass sie mit der Umverteilungspolitik von unten nach oben weitermacht. Uns droht u.a. eine Erhöhung der Preise für Erdgas, steigende Rentenbeiträge, weitere Erhöhung der Ökosteuer. Die Tarifrunde muss das deutliche Signal setzen, dass die Gewerkschaften nicht länger bereit sind die Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen und Superreichen zu unterstützen.

Trotz Lohnverzicht ist der Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren weitergegangen. Für die Beschäftigten hat sich dadurch der Arbeitsstress enorm erhöht. In der jetzigen Tarifrunde müssen wir uns für die gestiegene Arbeitsproduktivität unseren Anteil zurückholen.

Wir akzeptieren nicht das Argument der leeren öffentlichen Kassen. Wir stellen fest, dass offensichtlich genug Geld da ist für einen Rekord-Rüstungshaushalt von 25 Milliarden Euro und die zusätzliche Finanzierung von 37 Militär-Transportflugzeugen (A400M) für 10 Milliarden Euro. Wenn Eichel, die Finanzminister der Länder und die Kämmerer in den Kommunen die öffentlichen Haushalte sanieren wollen, dann sollen sie das Geld da holen, wo es ist. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in alter Form würde 4 Milliarden Euro pro Jahr in die Staatskassen bringen. Eine 1%ige Abgabe auf Privatvermögen über einer Million brächte nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sogar 16 Milliarden mehr Steuereinnahmen im Jahr.

Die im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ zusammen geschlossenen Kolleginnen und Kollegen haben bereits bei ihrem letzten bundesweiten Treffen am 25. Mai 2002 beschlossen, die Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 250 Euro in die ver.di-Gremien einzubringen. Darüber hinaus wurden Forderungen nach 100% Weihnachtsgeld und sofortiger Anhebung der Ost-Tarife auf das West-Niveau aufgestellt. Die Laufzeit des Tarifvertrags muss auf 12 Monate begrenzt werden. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Arbeitsintensivierung für die Noch-Beschäftigten muss die 30-StundenWoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die Einführung eines tariflichen Vorruhestands ab 58 Jahren auf freiwilliger Basis auf die Tagesordnung der Tarifrunde gesetzt werden. Radikale Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung muss die Antwort der Gewerkschaften auf die Hartz-Pläne sein. Gewerkschaften müssen die Arbeitslosigkeit bekämpfen und nicht die Arbeitslosen. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass über die Hartz-Pläne der Niedriglohnsektor ausgebaut und unsere tariflichen Rechte ausgehebelt werden. Deshalb ist eine klare Ablehnung der Hartz-Pläne durch die Große Tarifkommission und die ver.di-Führung dringend geboten.

Die Große Tarifkommission befasst sich auch damit, wie mit den „100 Punkten zur Modernisierung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst“ weiter verfahren werden soll. Diese „100 Punkte“ müssen vollständig zurückgezogen werden und in der Tarifrunde darf es keine Kompensationsgeschäfte mit irgend einem dieser Punkte geben. Die „100 Punkte“ sind ein Zugeständnis an den neoliberalen Ausverkauf des öffentlichen Dienstes. Sie bedeuten die Akzeptanz von Privatisierung, Wettbewerb und Konkurrenz im Bereich öffentlicher Dienste und die damit verbundene Absenkung erkämpfter Standards im Flächentarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Wir lehnen diese Position ab und halten stattdessen einen bundesweiten Kampf gegen Privatisierung und Tariffucht für notwendig.

Die Erfahrung der vergangenen Tarifrunden im öffentlichen Dienst und die bisherige Tarifpolitik unter ver.di zeigt, dass der Kampf für die Verteidigung unserer erkämpften Standards und für höhere Löhne untrennbar mit dem Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie verbunden werden muss. Wir dürfen nicht zulassen, dass Spitzenfunktionäre, die gehaltsmäßig den Arbeitgebervertretern näher stehen als uns, über unsere Köpfe hinweg lausige Tarifverträge abschließen. Die Tariffbewegung gehört von der Aufstellung der Forderung bis zum Abschluss in die Hände der Mitgliedschaft. Wir fordern demokratische Diskussion und Entscheidung über Forderungen und Kampfmaßnahmen und gläserne Tarifverhandlungen. Kein Abschluss ohne vorherige mehrheitliche Zustimmung durch die Mitgliedschaft.

Für den Sprecherrat

Dieter Janßen